

ZU DIESEM HEFT

SCHWERPUNKT

Peter Faulstich
 „Integration“? – „Synthese“? – „Konvergenz“?
 „Berufliche“ und „Politische“ Bildung oder aber „Bildung“? 6

Hartmut Seifert
 Der Arbeitsmarkt im Wandel 14

Andreas Michelbrink
 Politische Bildung im Auftrag einer Gewerkschaft
 Das Beispiel ver.di 20

Lutz Heinke
 Auf den Arbeitsmarkt in Europa vorbereiten
 Ein Projekt mit deutschen Handwerkern im Internationalen Haus Sonnenberg 27

Barbara Kröger / Heinz H. Meyer / H. Peter Rose
 Zukunft mit Landschaft
 Identifikationsangebote für eine Region im Strukturwandel 34

ADB-FORUM

Johannes Schillo
 Mehr Aufmerksamkeit für Hirnforschung und Neurodidaktik in der politischen Bildung?
 Eine Kritik an Schlussfolgerungen der Neurowissenschaften 40

Katja Schütze
 Produzieren für die Halde, datt kennt man im Ruhrpott ...
 Die schwarz-gelbe Medienpolitik in NRW und ihre Auswirkungen auf die Bildungsarbeit 48

5 Migration und Integration aus der Perspektive von Gender
 Beitrag der Gender-Steuerungsgruppe im AdB 52

Politische Jugendbildung und Arbeitswelt
 Diskussionspapier der AdB-Kommission Jugendbildung, kulturelle Bildung und Medienpädagogik 55

ADB-JAHRESTHEMA

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)
 Zukunft hat Herkunft – Politische Bildung gestaltet Demokratie
 Stellungnahme zum AdB-Jahresthema 2009 57

Habbo Knoch
 Wege in die Gegenwart
 Historisch-politische Bildung in NS-Gedenkstätten 59

INFORMATIONEN

Meldungen 66

Aus dem AdB 81

Personalien 85

Bücher 86

Markt 97

STICHWORTREGISTER 2008 101

IMPRESSUM 110

**Thema des nächsten Heftes:
 Politische Bildung zur Geschichte der SED-Herrschaft und der kommunistischen Diktaturen**





„Für die Gesamtsituation der Weiterbildung ist die traditionelle Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung bestimmend“, heißt es im Strukturplan für das Bildungswesen. Er erschien 1970, aber bei gelegentlicher Lektüre kann man feststellen, dass selbst in Zeiten beschleunigten Wandels manche Bildungs-

fragen und -probleme von erstaunlicher Dauerhaftigkeit sind oder sich unter veränderten Bedingungen erneut stellen. Ob das auf den hier zitierten Sachverhalt ebenso zutrifft, insbesondere wenn man den Begriff der allgemeinen durch politische Bildung ersetzt, lässt sich nicht so eindeutig beantworten. Immerhin gab es – wie eine Auflistung von durch die Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Curricula belegt – in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts einige Versuche, berufsbezogene und politische Bildung miteinander zu verbinden, waren in der Arbeitnehmer/-innenbildung die politischen Voraussetzungen der Organisation von Arbeit zentrales Thema, gibt es eine Reihe von Weiterbildungsträgern, die berufliche und politische Bildung gleichermaßen als ihre Aufgabe betrachten. Nun bietet nicht jede unmittelbar anwendungsbezogene berufliche Qualifizierung Anknüpfungspunkte für politische Bildung, doch wird niemand bestreiten können, dass Arbeitsbedingungen, betrieblicher Alltag, die Organisation der Interessenvertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Entwicklung von Berufsbildern oder Produkten immer auch politische Bezüge haben.

Dennoch hat man den – statistisch hier nicht zu belegenden – Eindruck, die politische Dimension der Arbeits- und Berufswelt sei in den letzten Jahren in der politischen Bildung etwas in den Hintergrund geraten. Vergessen sind die Debatten über die Zukunft der Erwerbsgesellschaft und den Wert auch von nicht durch Lohn entgoltenen Arbeit, die geführt wurden, als sich die Vollbeschäftigung als nur vorübergehende Phase der deutschen Nachkriegsgeschichte erwies. Dieser Erkenntnis zum Trotz beteiligen sich heute viele Bildungsträger an dem

Versuch, die Menschen „fit zu machen“ für die wechselnden Erfordernisse des Arbeitsmarkts. Flächendeckende Bewerbungstrainings suggerieren den daran Beteiligten, wer sich nur gut zu präsentieren verstehe, finde schneller einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. In Zeiten, in denen selbst exzellente ausgebildete junge Leute sich von Praktikum zu Praktikum hangeln müssen, erscheinen solche Maßnahmen – so hilfreich sie im Einzelfall auch sein mögen – hingegen wie Hohn.

Wir wollen mit diesem Heft dazu anregen, sich wieder mit der Arbeitswelt als Thema politischer Bildung auseinanderzusetzen. Erinnerung wird an die bildungspolitischen und didaktischen Erörterungen zum Verhältnis zwischen berufsbezogener und politischer Weiterbildung. Dargestellt werden aktuelle Arbeitsmarktentwicklungen und die Veränderung von Beschäftigungsverhältnissen. Die Bildung von Arbeitnehmer/-innen wird zum einen konzeptionell aus der Perspektive einer Gewerkschaft, zum anderen als Bericht über ein konkretes Projekt exemplarisch vorgestellt. Nur wenige Regionen in Deutschland wurden durch eine vorherrschende Arbeits- und Produktionsform so geprägt wie das Ruhrgebiet. Wie aus dem Verschwinden dieser identitätsstiftenden Arbeitswelt Perspektiven für politisches, historisches und nicht zuletzt kulturelles Lernen entwickelt werden, beschreibt der letzte Beitrag zum Schwerpunkt dieses Heftes. Dass auch in der politischen Jugendbildung Diskussionsbedarf zu unserem Thema angemeldet wird, zeigt das im Rahmen des AdB-Forums dokumentierte Papier der AdB-Kommission Jugendbildung.

Ingeborg Pistohl

Ein Nachtrag zu Heft 4-2008 in eigener Sache:

Im Beitrag auf den Seiten 396 ff. („Beteiligungsprozesse sind Werkstätten für politisches Lernen“) kursierten zwei verschiedene Vornamen des Autors. Es handelt sich in jedem Fall um Matthias Schirmer. Da es auch einen mir bekannten Markus Schirmer gibt, kam es zu dieser Verwechslung, für die ich mich bei Matthias Schirmer hier ausdrücklich entschuldige.

Ingeborg Pistohl

„Integration“? – „Synthese“? – „Konvergenz“?

„Berufliche“ und „Politische“ Bildung oder aber „Bildung“?

Peter Faulstich

Peter Faulstich stellt in seinem Beitrag den Zusammenhang zwischen beruflicher und politischer Bildung her. Er verweist auf die historisch begründeten Widersprüche in Bildungskonzeptionen, die beiden Bereichen unterschiedliche Ziele und Funktionen zuordnen. Der moderne Begriff von Arbeit setze auch auf individuelle und gesellschaftliche Emanzipationsprozesse, er werde jedoch durch Entfremdung und Freisetzung als bestimmenden Momenten der Erwerbsarbeit diskreditiert. Reale Tendenzen in der Arbeitswelt wie im politischen System machten die Allgemeinbildungs- wie die Berufsbildungsstrategie obsolet, ermöglichten aber gleichzeitig die Entwicklung eines Integrationskonzepts, in dem die Bedeutung von Arbeit in den Lernprozess über Politik zurückgeholt werde.

Vielfältige Verunsicherungen in der politischen Bildung haben dazu geführt, dass ihre Eigenständigkeit in Frage gestellt wird. Im Disput um die *Integration* von „beruflicher“ mit „allgemeiner“ und darin einbezogen insbesondere „politischer“ Bildung, so wie er in den 1960er Jahren wieder einmal und seitdem öfters erneut entbrannte, geht es – so zeigt der Rückblick, wenn man versucht, sich

Es geht darum, einen Bildungsbegriff stark zu machen, der sich auf Leitlinien wie Chancengleichheit, Selbstbestimmung und Emanzipation bezieht

des eigenen Standorts zu vergewissern – im Kern darum, die Selektivität, bezogen auf Bildungs- und Berufschancen, zu kritisieren und dagegen einen Bildungsbegriff stark zu machen, der sich bezieht auf Leit-

linien wie Chancengleichheit, Selbstbestimmung und Emanzipation. Gegen Beschränktheit und Funktionalität wurde in der Bildungsreformdebatte der 1960er und 1970er Jahre das aufklärerische Programm der Mündigkeit und Autonomie reaktiviert. Die weitestgehende Programmatik war mit dem Begriff der Synthese verbunden, der vor allem in der Erwachsenenbildung verwendet wurde. Dies hat bildungspolitisch starke Konflikte provoziert, weil gleichzeitig im Zusammenhang der Reform der Sekundarstufe II eine Kritik am Gymnasium artikuliert wurde, das bis heute als Gralshüter der „Allgemeinbildung“ dasteht. Erstaunlicherweise setzte sich dann seit den 1980er Jahren – über die unterschiedlichen Positionen hinweg – verstärkt durch, das in der deutschen Bildungsgeschichte tief eingeschnittene traditionelle Schisma von „Allgemeinbildung“ und „Berufsbildung“ angesichts realer Tendenzen in der Arbeitswelt und des politischen Systems für überholt zu erklären. „Schlüsselqualifikationen“ oder „Kompetenzentwicklung“, welche

die Enge des Begriffs Qualifikation aufbrechen und „soziale Kompetenzen“ betonen, scheinen den alten Bruch zu heilen. Unterstellt wird eine *Konvergenz* des „Allgemeinen“ und des „Politischen“, durch die die fatale Spaltung aufgehoben würde.

Allerdings hat sich strukturell wenig geändert. Zu fragen ist dann, was eigentlich die Kritikaspekte an der Desintegration sind, woher diese kommt und welche Lösungen es geben könnte. Geprüft werden die „Allgemeinbildungs-“, „Berufsbildungs-“ und die „Integrationsstrategie“ – mit den Varianten „Synthese“ und „Konvergenz“. Vielleicht hilft ein Rückbezug auf den Begriff Bildung, obwohl dieser ebenfalls als hoch belastet und vielfach als überholt gilt.

Was ist das Problem?

Nach wie vor ist die Systemstruktur des Bildungswesens in Deutschland grundlegend von einem Dualismus zwischen „beruflicher“ und „politischer“ Bildung durchzogen. Nun könnte diese bildungstheoretische Debatte den Adressaten und Teilnehmenden egal sein, wenn nicht konkret negative Konsequenzen auftauchen würden:

- Themen werden gestrichen, weil sie nicht unter die Förderbedingungen passen.
- Programme werden gestrafft, damit sie zuzuordnen sind.
- Personal – z. B. Stellen für Sozialpädagogen – wird gekürzt, weil die Tätigkeitsschwerpunkte nicht eindeutig verortet werden können.

Die scheinbar nur abstrakte Desintegration hat also durchaus konkrete Auswirkungen. Real, in der Wirklichkeit des Bildungswesens – auch der Erwachsenenbildung –, ergeben sich Konsequenzen auf verschiedenen Ebenen:

- Es geht zunächst um ein *didaktisches Problem*, nämlich Auswahl und Reichweite von Zielen, Inhalten und Methoden der Lernangebote. Es trennen sich scheinbar sachliche, instrumentelle Themen von politischen, d. h. entscheidbaren, Interessen und Macht unterworfenen Kontexten und deren Reflexion.
- Dies wird je verschiedenen Einrichtungen zugewiesen. Insofern wird die Organisation des Lernens in verschiedene *Institutionen* verlegt. Das Berufliche scheint „naturegegeben“ Domäne der Wirtschaft und der Unternehmen; das Allgemeine und Politische wird daraus ausgegrenzt und öffentlichen bzw. „pluralen“ Trägern übertragen.

- Drittens geht es um die Anteile verschiedener *Lernorte*, seien es Arbeitsplätze, Lehrwerkstätten, Trainingszentren, Unterrichtsräume, Gedenkstätten usw.
- Davon sind auch – viertens – die *Regulationsmechanismen* betroffen, inwieweit Programme entschieden werden durch staatliche Instanzen, öffentliche Gremien, Interessenorganisationen, Unternehmen, Teilnehmende und Lehrende.
- *Juristisch* – fünftens – spiegelt sich die Desintegration wider in der Kompetenz für die Gesetzgebung der getrennten Bildungsbereiche, so z. B. der des Bundes für das Arbeitsrecht gegenüber der Kulturhoheit der Länder.
- Damit sind dann sechstens auch die *finanziellen Ressourcen* verbunden. Das Sozialgesetzbuch III einerseits oder die Förderung der politischen Bildung andererseits öffnen Finanztöpfe, welche als ihre jeweilige Claims angesehen werden.

Wenn die Frage nach der Integration von „beruflicher“ und „allgemeiner“ – darin eingeschlossen – auch „politischer“ Bildung aufgeworfen wird, geht es also nicht um eine bildungstheoretische, abgehobene Fragestellung, sondern der gesamte Horizont im Verhältnis von Bildung und Beruf, von Lernen und Arbeiten ist geöffnet. Deshalb sind auch Versuche, entsprechende Ansätze zu realisieren, immer wieder zum Scheitern verurteilt, wenn sie ihre eigene Reichweite nicht mitdenken.

Was sind die Prämissen?

Grundlegend stößt die Zusammenführung „beruflicher“ und „politischer“ Bildung gegen ein fortbestehendes Strukturprinzip der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft: Demgemäß gibt es Anlass, die Ursprünge dieses Schismas historisch zu rekonstruieren. Wenn die Diskussion überhaupt einen Sinn haben kann, so dann, weil Individuen in unterschiedlichen Bezügen stehen, je nachdem, ob es um den Einsatz des Arbeitsvermögens oder um das Herstellen gesellschaftlicher Zusammenhänge geht. Nach wie vor ist Arbeitstätigkeit in der kapitalistischen Wirtschaft geprägt durch Entfremdung, Ein- und Unterordnung.

Das Berufliche steht für Einsatzfähigkeit und Verwertbarkeit, das Allgemeine, das sich als das Politische darstellt, für das Gemeinsame und Befreiende

Gleichzeitig ist es Legitimationsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft, ausgehend von demokratischen Postulaten nach Gleichheit und Freiheit, die Entfaltung aller zu ermöglichen. Diesen

Widerspruch spiegeln die Bildungstheorien und didaktischen Konzepte in ihren verschiedenen Ausformungen im Hin- und Herschwingen zwischen Mündigkeit und Nützlichkeit. Das Berufliche steht dann für Einsatzfähigkeit und Verwertbarkeit, das Allgemeine, das sich als das Politische darstellt, für das Gemeinsame und Befreiende.

Erst mit dem Aufstieg des Bürgertums wird Aussicht auf Mündigkeit für alle überhaupt denkbar. *Heinz-Joachim Heydorn* (1916 – 1974), Mitbegründer des SDS, Synodaler der Evangelischen Kirche, zuletzt Professor für Pädagogik an der Technischen Hochschule Darmstadt, verfolgt diesen Prozess. „Im Sinne des Aufstiegs hieß Mündigkeit, daß das gesamte Geschlecht, wie es unter dem Begriff des Menschen gefaßt wird, alles Verschlissene, Untergetauchte, in das Licht des Bewußtseins gerückt wird“ (Heydorn 1972, S. 8). Dieser Anspruch einer Bildung für alle bricht sich aber an der Wirklichkeit weiter bestehender Herrschaft. „Die aufsteigende bürgerliche Klasse hat den Begriff der Mündigkeit der Bildungsinstitution in einem Augenblick verbunden, in dem sie diese zu einer frühen, bedeutsamen Reife brachte. Sie tat das mit dem Anspruch, Sachwalter aller Menschen zu sein. Jedoch ist dies nur vorübergehend; der Anspruch blieb auf die Klasse beschränkt, die ihn, mit wachsender Akku-



Jugendliche bei der Ausbildung

mulation und historischem Erfolg, immer stärker einschränkt“ (ebd. S. 9).

Beruflichkeit oder Allgemeinheit ist vorrangig nicht eine Frage des Themenbezugs, sondern der Funktionszusammenhänge, in denen das lernende Individuum steht

Hier hat die Trennung von Allgemeinbildung und Berufsbildung ihren Ursprung. Es geht also keineswegs, wie in verkürzten didaktischen Diskussionen manchmal unterstellt, um eine Einteilung von Inhalten.

Beruflichkeit oder Allgemeinheit ist vorrangig nicht eine Frage des Themenbezugs, sondern der Funktionszusammenhänge, in denen das lernende Individuum steht. Dies spiegelt sich in der bürgerlichen Gesellschaft auch in der Spaltung von Privatheit und Öffentlichkeit. Spätestens der Neuhumanismus setzte die begriffliche Trennung des Beruflichen und des Allgemeinen, wobei das Kulturelle und das Politische mit gemeint war, durch und begründete damit – teils ungewollt – eine Abwertung von Beruf und Arbeit.

Als Exponent dieser Position, welche die Berufsbildung aus der Allgemeinbildung ausschließt, wird immer wieder *Wilhelm von Humboldt* (1767 – 1835) mit dem Litauischen Schulplan zitiert: „Was das Bedürfnis des Lebens oder eines einzelnen seiner Gewerbe erheischt, muss abgesondert und nach vollendetem allgemeinen Unterricht erworben werden. Wird beides vermischt, so wird Bildung unrein, und man erhält weder vollständige Menschen, noch vollständige Bürger einzelner Klassen“ (Humboldt 1964, Bd. IV, S. 188).

Die Humboldt-Strategie versuchte angesichts der Machtverhältnisse der feudal-bürgerlichen Gesellschaft Beruflichkeit zu opfern, um die Allgemeinheit zu sichern. Der Neuhumanismus begründete also eine *Allgemeinbildungsstrategie*.

In der Folge, wenn auch von den geistigen Begründern keineswegs so gedacht, wurde Berufsbildung zur Anpassung. „An die Materie geklebt, der Determination unterworfen, Arbeitsteilung und Klassenherrschaft, wurde der Mensch durch Bildung zur Arbeit für andere gebracht, durfte er lernen, sich für die Entwicklung der Produktion zu schinden“ (Heydorn 1972, 32). Reziprok dazu „entzieht sich die bürgerliche Existenz dem wirklichen Kampf, um sich in einer imaginären Freiheit zu spiegeln“ (ebd. S. 37).

Demgegenüber haben die Berufsbildungstheoretiker hundert Jahre später (Spranger, Kerschensteiner



Quelle: wikipedia, Fotograf: Manfred Brückels 2005

Denkmal Wilhelm v. Humboldts vor der nach ihm benannten Universität in Berlin

u. a.) die zentrale Relevanz des Berufs für die Persönlichkeit hervorgehoben und im Gegenzug die *Berufsbildungsstrategie* stark gemacht. „Die Berufsbildung steht an der Pforte der Menschenbildung“ (Kerschensteiner 1954, S. 48). Und: „Der Weg zur höheren Bildung führt über den Beruf und nur über den Beruf“ (Spranger 1919, S. 27). Der unterlegte Berufsbegriff allerdings ist gekennzeichnet durch handwerklich-ständische Herkunft und somit geprägt durch Normativismus und Konservatismus (Faulstich 2001).

Ein angemessener Begriff von Arbeit

Hintergrund der Sphärenklänge, die den Begriff Beruf umtönen, ist die kapitalistische Form der Arbeitsgesellschaft. Die Grundzüge eines Theoriekonzeptes, das Arbeit für die Konstitution von Gesellschaft weiterhin als zentral annimmt, gehen davon aus, dass Menschheitsentwicklung und damit verbundene Entwicklung von Gesellschaft auf der Grundlage menschlicher Tätigkeiten als Arbeit erfolgt. Als grundlegendes Konzept, die Beziehung zwischen Natur und Kultur theoretisch zu fassen, hat *Gernot Böhme* den *Stoffwechsel* Mensch/Natur

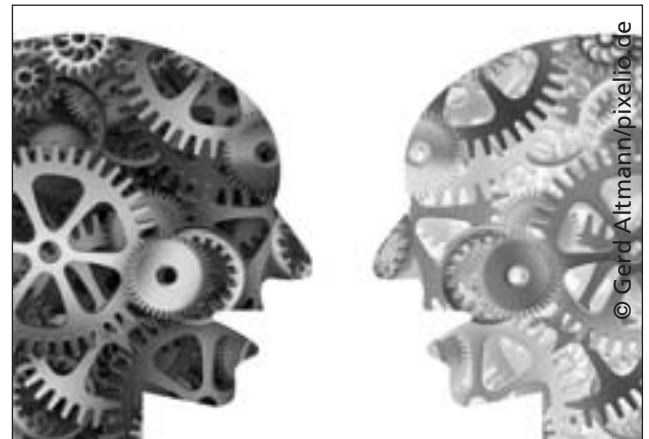
gekennzeichnet. „Die materielle Beziehung des Menschen zur Natur stellt sich als Stoffwechsel dar, das heißt wenn man den Ausdruck im engeren Sinne nimmt, als Austausch von Stoffen, im weiteren Sinne aber auch als Austausch von Energie und Informationen“ (Böhme 1985, S. 29). Dies steht in der Tradition von *Marx*, der den Begriff des Stoffwechsels genau da verortet, wo er die Notwendigkeit der Arbeit als Gebrauchswert schaffenden Prozess hervorhebt. „Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert ...“ (MEW, 23, S. 192). Dies gilt auf diesem Abstraktionsniveau sowohl in einer „Agrargesellschaft“ wie in einer „Informationsgesellschaft“.

Der neuzeitliche Arbeitsbegriff wird in dieser Tradition zum theoretischen Fundament sowohl wirtschaftlicher Entwicklung als auch individueller Befreiung und Entfaltung. Schon mit dem Aufstieg des Arbeitsbegriffs ist dieser aber auch durch einen fundamentalen Widerspruch gekennzeichnet. Arbeit wird einerseits allgemein begriffen als Quelle gesellschaftlichen Reichtums, in ihren besonderen Formen als *Tauschwert* erzeugend aber bewirkt sie andererseits eine Trennung der Arbeitenden von ihren Produkten.

Mit fortschreitender Entwicklung der industriellen Produktion ist die Marxsche Vision von den Ermöglichungsbedingungen politischer und persönlicher Emanzipationsprozesse durch die Arbeit zunehmend problematisch geworden

Mit fortschreitender Entwicklung der industriellen Produktion ist die Marxsche Vision von den Ermöglichungsbedingungen politischer und persönlicher Emanzipationsprozesse durch die Arbeit zunehmend problematisch geworden. Dem entspricht industriesoziologisch und sozialphilosophisch eine Entleerung

der Arbeitskategorie. Zwei reale Effekte technisch-industrieller Arbeit – potenziert in ihrer automatisiert-informationellen Form – begründen diesen Prozess: die *Entfremdung* in der Arbeit sowie die *Freisetzung* von der Arbeit liefern die entsprechenden Bewertungsmuster. Die arbeitenden Menschen werden zu dumpfen Anhängseln der Maschinerie degradiert. Sie „bedienen“ die Maschinen und werden entfremdete Teile eines großen, unbegriffenen Räderwerks. Wenn die Automaten vormals menschliche Funktionen übernehmen, so werden die Arbeitenden als „Lückenbüßer“ der Automation überflügelt und „freigesetzt“.



Mensch und Maschine

Die Entfremdungs-Freisetzungargumentation ver einseitigt und verschleiert jedoch die Dialektik realer Prozesse; die These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ ist gekennzeichnet durch Pauschalität und unterliegt einem doppelten Fehlschluss. Zum einen sehen wir, dass ein Großteil menschlicher Arbeit noch schärfer beansprucht wird durch Erhöhung der Arbeitsanforderung mit einer Zunahme der Belastung im Betrieb. Zum andern gibt es eine Vielzahl sinnvoller Arbeiten, die nicht ausgeführt

Nicht die Arbeit ist knapp, sondern das Geld, um sie zu bezahlen

werden: im Umweltschutz, im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich. Nicht die Arbeit ist knapp, sondern das Geld, um sie zu bezahlen. Das

Gerede von der „Knappheit der Arbeit“ lässt nicht nur die geschichtliche Besonderheit der Organisation als Lohn- bzw. Erwerbsarbeit außer Acht, sondern verdeckt auch eine ganze Reihe von Arbeiten, die eben nicht Erwerbstätigkeiten sind. Es gibt große Arbeitsfelder, die der Kapitalakkumulation nicht unterworfen sind und sich ihr entziehen: ein Großteil der Hausarbeit, ehrenamtliche Arbeit, Eigenarbeit. Die Wiederentdeckung der „Eigenarbeit“ und der „öffentlichen Arbeit“ verweist auf Alternativen zur Erwerbsarbeit.

Die Kernstruktur der gegenwärtigen Gesellschaftsformation bleibt begründet in der Erwerbsarbeit

Trotzdem bleibt die Kernstruktur der gegenwärtigen Gesellschaftsformation begründet in der Erwerbsarbeit. Sie wird auch für die nächste

Generation mit Sicherheit mehr als eine Randsituation und ein Übergangsphänomen sein, sondern bleibt weiter Existenzgrundlage und Identitätskern des überwiegenden Teils der Bevölkerung – trotz der demographischen Tendenzen. Ein angemessener Arbeitsbegriff ist einerseits zu fassen als

eine spezifische Form von Tätigkeit, andererseits nicht gleichzusetzen mit Erwerbsarbeit. Arbeit in einem erweiterten Sinn umfasst, wenn Erwerbsarbeit ansatzweise erodiert und teilweise relativiert wird, und neue Formen der Verbindung mit anderen Tätigkeiten entstehen, mindestens die Aspekte:

- Einbezug in die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Natur
- Teilnahme an der Produktion von Gütern und Dienstleistungen
- Entwicklung der Kompetenzen in der Arbeitstätigkeit
- Inanspruchnahme eines großen Teils der Lebenszeit
- Vorgabe der Strukturen der Lebenszeit in Tagen, Wochen, Jahren
- Zuweisung von Einkommen
- Prestige und sozialer Status einer Person
- Interaktionen in der Arbeitssituation
- Entstehung von Normen und Werten innerhalb der Arbeit.

In diesem Sinn wird Persönlichkeitsförderlichkeit zunehmend als Kriterium für die Bewertung von Arbeitskonstellationen verwendet. Als „Humankriterien“ hat *Walter Volpert* (1990) konkrete Anforderungen der Arbeitsgestaltung zusammengefasst:

- Erweiterung der Handlungsspielräume
- angemessene zeitliche Spielräume
- selbständige Festlegung der Prozessstruktur der Arbeitstätigkeit
- Abbau von Behinderungen in der Arbeitstätigkeit
- Ermöglichen körperlicher Aktivitäten
- Ermöglichen sinnlicher Erfahrbarkeit
- Bezugnahme zu sozialen Bedingungen
- Einräumen unterschiedlicher Umsetzungsbedingungen
- Kooperation und zwischenmenschlicher Kontakt.

Mit diesen Kriterien verbinden sich Gestaltung der Arbeitsplätze und Personalentwicklung. Es geht also um Arbeitspolitik sowohl auf betrieblicher als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Dabei erhalten lernförderliche Arbeitsplätze einen zentralen Stellenwert.

Ein angemessener Begriff von Politik

Was die Bildungstheorie aus dem Verdacht des Illusionären heraus bringen kann, sind reale Tendenzen sowohl in der Arbeitswelt als auch im politischen System.

Ein angemessener Begriff von Politik könnte sich rückbesinnen auf einen Kern, nämlich des Herstellens gesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen für die Zukunft auf der Grundlage unterschiedlicher Entwürfe für ein besseres Leben und vor allem auf Formen öffentlicher Austragung von Interessenkonflikten. Dies gerät in Konflikt mit der Idee, Arbeitsverhältnisse als sachlich gegeben, interesselos und konfliktfrei zu begreifen.

Das bildungstheoretische Konzept verbindet sich mit Tendenzen, die kumulieren in der breit akzeptierten Erkenntnis einer „*Entgrenzung*“ von Politik. So gibt es einerseits das dargestellte Hervorbringen des Politischen in der Arbeitswelt, dem andererseits der gleichzeitig stattfindende Prozess des Ausbrechens des Politischen aus dem staatlichen Raum entspricht. Dies ist nicht mehr beschränkt auf die traditionellen Bereiche der Parteien und Parlamente, sondern durchdringt alle Bereiche der Lebens- und Arbeitswelt. Ein Konzentrationszentrum solcher Politikprozesse ist der Betrieb. Der Kampf um die Mitbestimmung ist ein zutiefst politisches Problem, das die Arbeitsgestaltung betrifft und gleichzeitig gesellschaftlicher Macht bedarf.

Politische Bildung ist funktional, bezogen auf die gesellschaftliche Tatsache bestehender Interessenkonstellationen und resultierender Konflikte, einzuordnen

Insofern ist politische Bildung kaum noch thematisch zu fassen, d. h. bezogen auf angebbare Gegenstandsbereiche, sondern politische Bildung ist funktional, bezogen auf die gesellschaftliche Tatsache bestehender Interessenkonstellationen und resultierender Konflikte, einzuordnen.

Diesem Verständnis von politischer Bildungsarbeit unterliegt ein weiter Begriff von Politik, der nicht institutionell gefasst ist, sondern strukturell die Phänomene Interesse, Konflikt, Institutionen, Macht und Herrschaft in ihren vielfältigen gesellschaftlichen Konstellationen betrachtet.

Politische Entscheidungen konzentrieren sich nicht mehr nur auf die Zentralen der Macht, sondern sind ausgewandert in die Netze des „*Empire*“. Die Macht verteilt sich und wächst zugleich. Hierarchische Herrschaft wird zu einer strukturell verteilten. In Paradoxie zu dem offiziell konstatierten Bedeutungsverlust entsteht allerdings gleichzeitig eine *Omni-präsenz von Politik*, weil die Grenze zu anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen sich auflöst.

Gleichzeitig verliert politische Bildung ihren Fokus. Staatsbezogene Politikdefinitionen sind nicht mehr,

jedenfalls nicht als einzig gültige, akzeptiert. Dies war allerdings auch schon in den fünfziger Jahren Streitpunkt zwischen *Theodor Wilhelm*, unter dem Pseudonym *Oetinger* Verfasser der „Partnerschaft“, und dem Staatspreußen *Eduard Spranger*; ein weiterer Politikbegriff war auch schon Grundlage für den „Weg zum Mitbürger“ von *Fritz Borinski*.

Die Politisierung des Alltags verschiebt öffentliche Konflikte in das Private der Lebenswelt

Mit der Ausbreitung des Politischen erwächst aber auch die Gefahr, dass sich der Fokus auf Politik, nämlich Interesse und Konflikt, Macht und Herr-

schaft, Konsens und Legitimation, auflöst. Die Politisierung des Alltags verschiebt öffentliche Konflikte in das Private der Lebenswelt. Der doppelte Prozess des Entgrenzens und Hervorbringens des Politischen hat eine merkwürdige „Ausbreitung“ politischer Bildung bewirkt:

- Politische Bildung hat sich *entgrenzt*, insofern als sie ihren Gegenstand nicht mehr beschränken kann auf Strukturen und Prozesse im politischen System, sondern Entscheidungen über gesellschaftliche Zukünfte auch in anderen Zusammenhängen und besonders im Betrieb getroffen werden.
- Politische Bildung hat sich *entörtlicht*, da Politik nicht mehr ausschließlich, möglicherweise sogar nicht mehr vorrangig in Parteien und Parlamenten oder Bürokratien stattfindet, sondern ebenso in sozialen Konstellationen, ökonomischen Institutionen, besonders den großen Konzernen u. a.
- Politische Bildung hat sich *verflüchtigt*, weil die Prozesse, in welchen Entscheidungen gefällt werden, immer weniger formalisiert und immer stärker informell stattfinden.

Was sind mögliche Strategien?

Reale Tendenzen in der Arbeitswelt wie auch im politischen System machen also die *Allgemeinbildungs-* wie die *Berufsbildungsstrategie* als Grundlage eines angemessenen Konzepts der Didaktik obsolet; sie ermöglichen aber gleichzeitig eine Funktionsintegration der Bildung. Die *Konvergenzthese* (Arnold 1996) zieht daraus aber einen Fehlschluss: Eine Zusammenführung stellt sich nicht von alleine her. Es bedarf gezielter Gestaltungsansätze, welche die strukturellen Möglichkeiten umsetzen

Dies ist der Versuch einer *Integrationsstrategie*. *Herwig Blankertz* (1927 – 1983), Leiter des Modell-

Das Synthesepostulat geht immer noch von zwei getrennten Bereichen aus und erzeugt Denkblockaden

versuchs Kollegschule in NRW, war Exponent des weitestgehenden Integrationskonzepts bezogen auf die Sekundarstufe II, wo durch die

Trennung von Gymnasien und beruflicher Ausbildung die schärfste Spaltung besteht. In der Erwachsenenbildung stehen *Alfred Degen* und *Edwin Klein* und *Edgar Weick* für diese Position. Das Synthesepostulat allerdings geht immer noch von zwei getrennten Bereichen aus und erzeugt Denkblockaden.

Dass es nicht um Selbstlauf geht, zeigen die Schwierigkeiten seit 1975. Die Ermöglichungsbedingungen sind eher schlechter geworden. Die Systemintegration der institutionellen Strukturen zwischen den Entscheidungsebenen von Bund und Ländern und zu anderen Bildungsbereichen wie Ausbildung und Hochschule wird eingeschränkt. Dies verstärkt die Uneinheitlichkeit der Entwicklung in den Sektoren der Weiterbildung und vermindert die Funktionsintegration zwischen „allgemeiner“ und „beruflicher“ Bildung, weil strukturpolitisch sehr unterschiedliche Ziele mit der Gesetzgebung verfolgt werden. Nach der Föderalismusreform I hat der Bund seine Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der Bildung weit zurückgenommen.

Bemerkenswert ist nun, dass von unterschiedlichen Positionen her – so aus der Sicht betrieblicher Bildungsarbeit, aber auch aus der Perspektive politischer Orientierungen – die Frage nach dem Verhältnis beruflicher zu politischer Bildung trotzdem immer wieder neu aufgeworfen wird.

Bedeutungshaftigkeit ist derjenige Aspekt der Welt, durch den diese überhaupt für Lernen zugänglich wird

Der Ansatz *arbeitsorientierter-politikbezogener Bildung* (Faulstich 1997) beruht auf einem Konzept des Zurückholens von Bedeutsamkeit von

Beruflichkeit (allgemein Arbeit) in den Lernprozess über Politik (insbesondere Demokratie). Daraus ergeben sich die Perspektiven einer Intentionalität bezogen auf die jeweiligen Interessen. Bedeutungshaftigkeit ist derjenige Aspekt der Welt, durch den diese überhaupt für Lernen zugänglich wird. Menschen lernen, arbeiten und existieren immer schon in bestimmten Lebenslagen, in denen ökonomische, politische und kulturelle Konstellationen eine bestimmte Gestalt gewonnen haben, die den Individuen als strukturelle Rahmenbedingungen gegenüberstehen und in denen sie ihre Lebensformen und Handlungsmöglichkeiten entwickeln.

Dabei entstehen Zusammenhänge von Sozialstruktur, Milieus und Mentalitäten, welche die individuellen Handlungen, Einstellungs- und Verhaltensweisen und die gesellschaftlichen Verhältnisse vermitteln.

Ausgangspunkt sind demnach Interessenstrukturen im Rahmen gesellschaftlicher Verhältnisse. Hier steht die weiterhin vorrangig beruflich strukturierte Arbeitstätigkeit immer noch im Zentrum, als grundlegend nicht nur für Konsum-, sondern auch für Identitätschancen (Faulstich 1981). Insofern richten sich die Interessen dominant auf den Gegenstand Arbeit und deren Gestaltung. Arbeitspolitik wird zum zentralen Thema von Bildungskonzepten.

Damit generalisiert sich die Diskussion und bezieht sich auf die Frage nach der Tragfähigkeit des Begriffes Bildung überhaupt. Auch der Bildungsbegriff ist jedoch in den letzten Jahren vermehrt immer wieder in Zweifel gezogen worden:

- Es handele sich um eine überhöhte Forderung, welche die Lernwirklichkeit nicht erfasse;
- Es handele sich um ein historisch überholtes Persönlichkeitsideal, das angesichts aktueller gesellschaftlicher Strukturen obsolet sei.

Obwohl diese Kritik durchaus bezogen auf einige Vorstellungen von Pädagogen richtige Momente enthält, rechtfertigt sie aber m. E. nicht den Verzicht auf den Bildungsbegriff als einer zentralen Kategorie, um sich angesichts der anstehenden Zukunftsaufgaben zu orientieren. *„Bildung muß in diesem Sinn zentral als Selbstbestimmungs- und Mitbestimmungsfähigkeit des einzelnen und als Solidaritätsfähigkeit verstanden werden“* (Klafki 1985, S. 17).

Die Inhalte einer solchen Bildung bestimmen sich nicht aus einem zeitlosen Kanon, sondern historisch-konkret angesichts der sich gegenwärtig stellenden „Schlüsselprobleme“. Bildung heißt demnach, diejenige Kompetenz zu erwerben, um die Ursachen solcher zentralen Probleme zu verstehen, die eigene Position dazu zu finden, entsprechende Entscheidungen treffen zu können und handelnd in herrschende Verhältnisse einwirken zu können.

Dabei besteht die Chance, sich zu befreien aus verkürzten Konzeptionen. Es geht um verschiedene Funktionszusammenhänge im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft. Es wird immer weniger möglich, das Politische eindeutig gegenüber dem Beruflichen abzugrenzen, weil sowohl die Gestaltung von Arbeitsinhalten zum brisanten politischen Problem

Es ist die beruflich institutionalisierte Arbeitstätigkeit, die nach wie vor das zentrale Strukturprinzip gesellschaftlicher Integration, individueller Identitätschancen und politischer Organisation ausmacht

Organisation ausmacht. Insofern begründen sich Bildungskonzepte letztlich durch die Art und Weise ihrer Arbeitsorientierung.

wird, wie auch die Entgrenzung des Politischen in die Arbeitsinhalte eindringt. Es ist die beruflich institutionalisierte Arbeitstätigkeit, die nach wie vor das zentrale Strukturprinzip gesellschaftlicher Integration, individueller Identitätschancen und politischer

Was also zu überprüfen ist, ist die Frage, ob angesichts der sich abzeichnenden gesellschaftlichen Tendenzen das lange diskutierte Postulat einer Integration beruflicher und politischer Bildung mittlerweile neue Wirksamkeit erhält. Dabei liegt es nahe, über die Integrationsstrategie hinauszugehen und sich auf den Kern des Problems – Bildung – zu beziehen.

Wenn man Klafkis Bildungsbegriff mit dem Fokus auf Selbstbestimmungs- und Mitbestimmungsfähigkeit ernst nimmt, gerät die Frage nach dem Ansatz der Bildungsarbeit unmittelbar in den Kontext betrieblicher und gesellschaftlicher Arbeitsverhältnisse. Hier allerdings scheint die Frage nach Demokratisierung und Mitbestimmung im Sinne einer Kontrolle von Macht in der Wirtschaft äußerst unzeitgemäß, aber nach der Finanzkrise seit Ende 2008 frappierend aktuell.

Betriebliche und gesellschaftliche Verhältnisse ermöglichen zunehmende Interdependenzen – das ist der harte Kern des Synthesearguments. Dies wirft Themen auf, die im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung zunehmend brisant werden und als Aspekte eines erneuerten Bildungsbegriffes relevant werden:

- Chancen von Partizipation zu ergreifen und daraus Engagement zu entwickeln, Konflikte demokratisch zu lösen;
- Die Entwicklung von Persönlichkeit in der Arbeit zu ermöglichen und Identitätschancen für ein gelungenes Leben zu entfalten;
- Gestaltbarkeit von Technik zu verstehen und entsprechende technische Kompetenzen für die Entwicklung von Alternativen zu erwerben;
- Verantwortung gegenüber der Natur zu entwickeln und Umweltfragen als gesellschaftliche Fragen zu sehen;
- Zusammenhänge zu sehen und Ganzheitlichkeit zu begreifen, global zu denken und Solidarität

mit der Weltbevölkerung zu entwickeln angesichts der Drohung von Krieg und Zerstörung;

- Den Umgang mit der knappsten Ressource, der eigenen Zeit, zu organisieren und sie sinnhaft einzusetzen;
- Gewichte von Wertfragen zu überschauen und aus gesellschaftlichen Interessen und Ideen den eigenen Sinn zu finden.

Das zentrale Bildungsproblem, die Perspektive der Entfaltung von Persönlichkeit, wird gebunden an die Gewinnung erweiterter Souveränität über das eigene Leben. Dabei geht es um die Gestaltung sowohl von Arbeit als auch von Politik. Aufgegriffen in der *Bildungsstrategie* wird das utopische Potential von „Bildung“ als die gegenwärtige ökonomische und politische Verfasstheit überschreitende Möglichkeit.

Literatur

Arnold, Rolf: Bildende Qualifizierung. In: Neue Sammlung (1996) H.1, S. 19-34

Blankertz, Herwig: Bildung im Zeitalter der großen Industrie. Hannover 1969

Faulstich, Peter: Arbeitsorientierte Erwachsenenbildung. Frankfurt/Main 1981

Faulstich, Peter: Integration allgemeiner und beruflicher Bildung. (Schlüsselqualifikation und das Bedürfnis nach Ganzheit) In: Hessische Blätter für Volksbildung 44 (1991) H. 3, S. 193-198

Faulstich, Peter: Arbeitsorientierte – politikbezogene Erwachsenenbildung. In: Gewerkschaftliche Bildungspolitik (1997) H.1/2, S. 19-22

Faulstich, Peter: Beruflichkeit als Identitätschance und Bildungsanlass. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens (2001), S. 422-438

Hessischer Volkshochschulverband: Synthese beruflicher und politischer Bildung. In: Hessische Blätter für Volksbildung (1974) H. 2, S. 161-163

Heydorn, Heinz-Joachim: Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs. Frankfurt/M. 1972

Humboldt, Wilhelm von: Gesammelte Werke. Bd. IV. Darmstadt 1964

Kerschensteiner, Georg: Grundfragen der Schulorganisation (1904). München 1954

Pflüger, Albert: Weiterbildung zur Sekretärin. In: Materialien zur politischen Bildung (1974) S. 60-65

Spranger, Eduard: Kultur und Erziehung. Leipzig 1919

Volpert, Walter: Welche Arbeit ist gut für den Menschen? In: Frei, F./Udris, I. (Hrsg.): Das Bild der Arbeit. Bern 1990, S. 23-40

Weick, Edgar: Die Synthese beruflicher und politischer Bildung vor neuen Herausforderungen. In: Hessische Blätter für Volksbildung (1991) S. 212-219



Prof. Dr. Peter Faulstich ist Lehrstuhlinhaber am Fachbereich Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung an der Universität Hamburg.

Adresse: Joseph-Carlebach-Platz 1/Binderstr. 34, 20146 Hamburg.

E-Mail: Faulstich@erzwiss.uni-hamburg.de